

## Strategien gegen Folgen des Klimawandels

# Begrünt die Stadt!

**In den kommenden Jahren sind neben dem Klimaschutz auch Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels ein zentrales Themenfeld grüner Kommunalpolitik. Die Auswirkungen von vermehrt zu erwartenden Hitzewellen sind Gegenstand eines grünen Ratsantrags sowie eines Antrags im Umweltausschuss. Sie beinhalten Maßnahmen, um die Auswirkungen des Klimawandels in der Stadt abzumildern und Vorsorge zu betreiben.**

**Dr. Sabine Müller, Geophysikerin und umweltpolitische Sprecherin der Ratsgrünen, erläutert den Handlungsbedarf für die kommenden Jahre.**

### Start: Rio 1992 ...

Vor 17 Jahren, im Juni 1992, wurde auf der Konferenz in Rio de Janeiro neben der Klimarahmen-Konvention ein Dokument mit dem Namen „Agenda 21“ verabschiedet. Es befasst sich mit dem Beitrag der Kommunen zu einer nachhaltigen Entwicklung. Als Folge wurde vor 11 Jahren der Verein Kölnagenda gegründet, der - finanziell von der Stadt unterstützt - der mit dem Ziel „Nachhaltigkeit“ auch die Themen Klimawandel und Klimaschutz aufgegriffen hat.

### ... Ziel: Kopenhagen 2009

Spätestens seit der Veröffentlichung des Berichtes des UN-Klimarates im Jahr 2007 ist allen bewusst, dass der Handlungsbedarf höchst dringlich ist. Ende 2009 muss in Kopenhagen ein Abkommen vereinbart werden, das eine Halbierung der weltweiten Treibhausgas-Emissionen bis 2050 ermöglicht. Scheitern die Verhandlungen, sind in den kommenden Dekaden globale Temperaturerhöhungen zu erwarten, die zu tief greifenden und irreversiblen Veränderungen des globalen Klimas führen werden.

### Klimawandel spürbar

Bereits heute ist in Köln der Klimawandel spürbar. Dass dieses Jahr im April bereits sommerliche Temperaturen herrschten, mag ja durchaus erfreulich sein. Aber die Kehrseite des Klimawandels sind zunehmende Wetter-

extreme wie Starkregen und Dürreperioden, eine erhöhte Hochwasser- und Sturmgefahr und Gesundheitsgefahren durch neue Schädlinge und Krankheitsüberträger. Den Hitzesommer 2003 und den Sturm Kyrill im Januar 2006 haben viele in Erinnerung. Für Städte in Mitteleuropa stellt extreme Hitze ein zentrales Problem dar. Sie kann zu erheblichen Gesundheitsgefahren vor allem für ältere Bewohner führen.

### Klimaanpassung

Daraus resultiert akuter Handlungsbedarf, diese Stresssituation für Mensch und Natur mit Instrumenten der Stadt- und Bauleitplanung abzubauen. Eine Maßnahme ist, mehr Dächer in dicht besiedelten Zonen

zu begrünen. Auf Initiative der GRÜNEN soll der Rat am 30.6. die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzepts beauftragen, wie das urbane Hitzeinselpotential wirksam minimiert werden kann. Dazu sind zwingende Festsetzungen in Bebauungsplänen für Dach- und Fassadenbegrünung, vermehrtes Anlegen von Alleen, Begrünen von Plätzen, Straßen und Höfen sowie Baumpflanzungen auf Parkplätzen notwendig. Maßnahmen zur Klimaanpassung sind auch Entsiegelungsprogramme und die geeignete Anordnung von Baukörpern.

### Weiter CO2 reduzieren!

Köln verfügt noch immer über ein enormes Potential zum Einsparen von Energie und



Foto: dpa

Dachbegrünung hat viele Vorteile. Sie bildet wertvolle Biotope in der Stadt, verbessert die Luft, hält einen Teil der Niederschläge zurück und ist ästhetisch. Sie hat auch bauphysikalische Vorzüge: Sie kühlt im Sommer, wärmt im Winter und verlängert sie die Lebensdauer des Daches.

CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Handlungsansätze zur Reduktion von Treibhausgasemissionen sind vielfältig. Sie konzentrieren sich kommunaler auf die Bereiche Energieerzeugung, Gebäudeheizung bzw. -kühlung, Produktionsprozesse und Verkehr. Die Kölner GRÜNEN haben in den vergangenen fünf Jahren dazu viele Initiativen gestartet. Dazu zählt z.B. ein Klimaschutzkonzept, das es ermöglicht, nach der Analyse des Ist-Zustandes (CO<sub>2</sub>-Bilanz) und der Formulierung eines Zielwertes (Reduzierung um 50% bis 2030 – laut Klimabündnis der EU-Städte) einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zu erstellen.

Die GRÜNEN treten für die Fortschreibung des Gesamtverkehrskonzeptes unter Klimaschutz-Gesichtspunkten ein. Denn im Gegensatz zum generellen Abnahmetrend nehmen die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrs weiter zu.

Auf kommunaler Ebene muss die Abhängigkeit vom Auto reduziert und der Umstieg auf den Umweltverbund (ÖPNV, Rad, Fuß) gefördert werden. Als Zielmarke werden zu erreichende „Modal Split“-Werte festgesetzt. Der Anteil der Radfahrer betrug 1982 kölnweit nur 9%, 2006 immerhin schon 12%. Er könnte bis 2015 auf mehr als 16% gesteigert werden, wenn entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrrad-Infrastruktur umgesetzt werden. Damit reduzieren sich auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen beträchtlich.

Auf grüne Initiative hat der Umweltausschuss im Juni 2009 die Verwaltung beauftragt, ein Straßenbaumkonzept für die dicht besiedelten Stadtteile zu erstellen. Es dient dem Ziel, mehr Bäume für ein besseres Stadtklima zu pflanzen.



## Fazit

Der Klimawandel hat längst begonnen. Daher besteht neben der Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen inzwischen auch auf kommunaler Ebene ein dringender Bedarf an geeigneten Maßnahmen zur Klimaanpassung. Sie müssen dazu beitragen, ökologische, ökonomische und soziale Folgekosten zu verringern. Mehr Grün für Köln und das Mikroklima ist unverzichtbar.

## Kulturentwicklungsplan für Köln Mit grüner Handschrift

Als eine gemeinsame Initiative der Grünen und der SPD wurde vor eineinhalb Jahren der Auftrag, einen Kulturentwicklungsplan (KEP) für die Stadt Köln zu erstellen, eingebracht und einstimmig beschlossen. Am 30.6. passiert der KEP den Rat der Stadt Köln – zum Abschluss der alten Ratsperiode – und als Handlungsauftrag für die neue.

Dahinter steht ein langer, intensiver Prozess. Grundlage des Plans musste natürlich eine umfassende Bestandsaufnahme aller Akteure und Räume, Ensembles und Institutionen der Kölner Kulturszene sein. Das Kulturdezernat wollte dazu wieder die üblichen Verwaltungswege gehen und brauchte erst erheblichen Druck aus der Politik – vor allem seitens der GRÜNEN – um einzusehen, dass eine solche Bestandsaufnahme, gerade in Bezug auf die Freie Szene, nur mit den Beteiligten sinnvoll und erfolgreich hergestellt werden konnte.

Mit dem neuen Kulturamtsleiter Konrad Schmidt-Werthern kam auch ein neuer Wind in den Prozess. Er bezog die Szene ein. Mit enormem ehrenamtlichen Engagement arbeiteten viele Künstler und Kulturschaffende mit, um einen tragfähigen Überblick über die reichhaltige, vielfältige Kölner Kulturszene zu erstellen. Zudem veranstaltete das Dezernat auf Wunsch der Politik einen Workshop mit Vertretern der

dass dieser Plan einen wichtigen Aspekt der Kölner Kulturszene anerkennt: die Freie Szene und die Institutionelle Szene werden nicht mehr gegenübergestellt, sondern gemeinsam gedacht.

Außerdem ist es uns gelungen, eine simple Schwerpunktsetzung zu verhindern, sind doch Labels wie „Musikstadt“ eher Marketing-Instrumente kleinerer Kommunen und werden einer so komplexen Kulturstadt wie Köln nicht gerecht.

Der KEP gibt uns Grundlagen und Gestaltungsfreiheit, um Köln zu einer noch attraktiveren Kulturstadt zu machen – für die Menschen aller Altersgruppen und mit den unterschiedlichsten Hintergründen, die hier leben und ein breites und gleichzeitiges qualitätsvolles Kultur-Angebot in allen Sparten vorfinden und nutzen sollen. Zudem sollten wir alle Maßnahmen darauf befragen, ob sie auch dazu dienen, Künstler und Kreative an die Stadt zu binden oder in die Stadt zu holen. Wir wollen nicht nur in Steine investieren, sondern in ein lebendiges Kulturleben, das weit über die Stadtgrenzen hinausstrahlt.

Die Aufgabe der Kulturpolitiker ist es nun, möglichst noch vor dem Ende der Ratsperiode aus dem Strauss der Maßnahmen erste realisierbare Vorschläge zusammenzustellen und zu priorisieren, die der



diversen Sparten aus anderen Städten, um auch einen kritischen Blick von außen auf die Kölner Kulturszene zu werfen und neue Anregungen aufzugreifen.

Der Entwurf wurde schließlich dem Kulturausschuss vorgestellt, diskutiert, ergänzt, die Vorschläge und Thesen der einzelnen Fraktionen wurden eingearbeitet. Wir GRÜNEN sehen es als großen Erfolg,

Kulturstadt einen deutlichen Schub geben, die eine starke Wirkung versprechen und wichtige Themen besetzen wie kulturelle Bildung oder Interkultur. Sollte das über die Fraktionen hinweg als gemeinsamer Antrag gelingen, wie beim Masterplan Innenstadt, dann wäre das ein hervorragender Auftakt.

Angela Spizig,  
Kulturpolitische Sprecherin

## Symposium „Zukunft des Deutzer Hafens“

### Die Zeichen stehen auf Wandel

Ende April veranstaltete die Stadtverwaltung ein Symposium über die „zukünftige Nutzung des Deutzer Hafens“. Dazu hatte der Stadtrat im November 2008 die Verwaltung beauftragt. Die Ratsdiskussionen in 2007 und 2008 machten bereits deutlich, dass zunehmend der Status Quo als Industriehafen in Zweifel gezogen wird. Beflügelt durch die Umwandlung des Rheinauhafens zum hochwertigen Büro- und Luxuswohnstandort ist das 35 ha große Deutzer Areal längst zum Spekulationsobjekt geworden. Vor allem die FDP wird nicht müde, für Deutz einen „Rheinauhafen II“ zu propagieren. Eine ziemlich simple Position, die der komplexen Gemengelage nicht gerecht wird. Tatsache ist allerdings, dass die im Symposium und seinen Diskussionsforen zusammengetragenen Fakten und Einschätzungen überwiegend nicht für eine längerfristige Zukunft als Hafen sprechen. Allerdings plädiert die Landesregierung in jüngster Zeit dafür, Hafenstandorte nicht aufzugeben. Dies ist angesichts der besonderen Anforderungen an den Hochwasserschutz durch den Landesgesetzgeber von Bedeutung.

#### Konzeptlos

Laut Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) habe der Deutzer Hafen weiterhin eine große wirtschaftliche Bedeutung und sei fester Bestandteil des Logistikkonzepts. Festzustellen ist erst einmal, dass die Geschäftspolitik der HGK nach wie vor auf einem 20 Jahre alten städtischen Hafengesamtkonzept fußt. Zu recht wurde in den Diskussionsforen mit Blick auf die Häfen bemängelt, dass kein zukunftsträchtiges, regional ausgerichtetes Gesamtlogistik-Konzept für Köln existiert. Denn absehbar lässt sich nicht jede Anforderung allein auf städtischem Gebiet realisieren. Die HGK AG hat die zukunftsfähige Ausrichtung der Häfen verschlafen. Mit der möglichen Umnutzung des Deutzer Hafens ist somit auch die immer drängendere Frage nach der zukünftigen und erfolgsträchtigen Geschäftsstrategie der HGK verbunden, deren Diskussion die HGK scheut. Offensichtlich ist das amtierende HGK-Management damit überfordert. Der neugewählte Rat wird daraus Konsequenzen ziehen müssen.

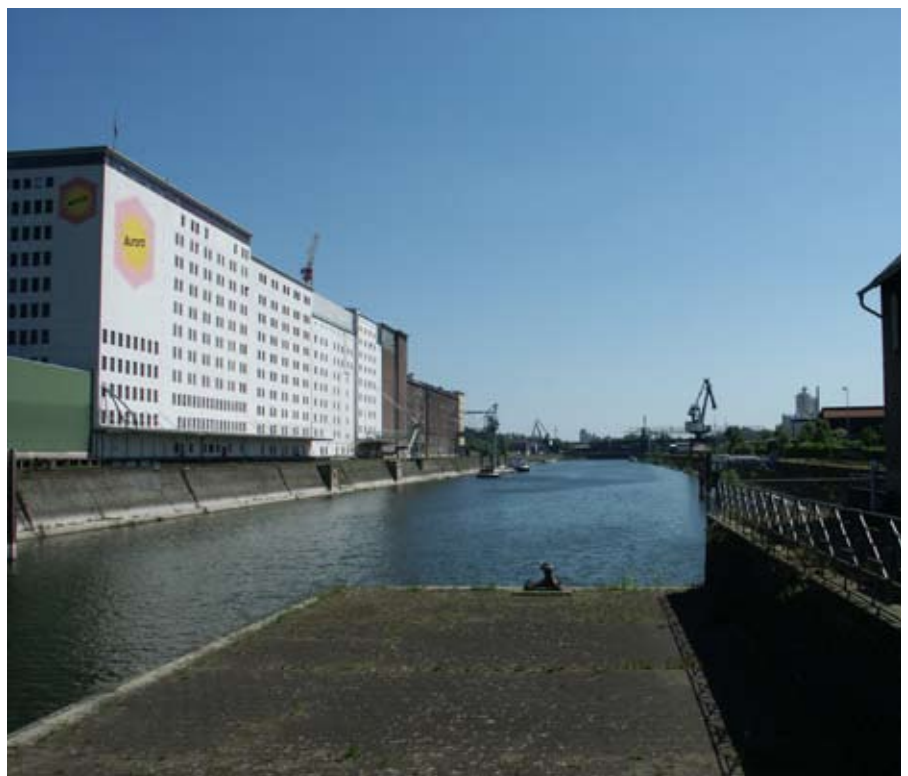
#### Auslaufmodell

2008 beauftragte die HGK Planco Consulting mit einem Gutachten zu den Zukunftsperspektiven der Häfen. Demnach sei der Hafen Deutz als „Massen- und Massenstückguthafen dringend erforderlich“. Die Nutzung sei „größtenteils hafenaffin“. Die Fakten sehen anders aus. Von 2003 bis 2008 sank der wasserseitige Umschlag von 5% auf 4,5% des gesamten wasserseitigen Umschlag in

den Kölner Häfen. 2008 betrug er 457.000 t und hat sich im Vergleich zu 2007 um 9% verringert. Im 1. Quartal 2009 stürzte der Umschlag in Deutz um 47% im Vergleich zu 2008 ab. Die Weltwirtschaftskrise schlägt durch. Durchschnittlich arbeiten bei den drei großen Firmen Kampffmeyer Mühlen, Steil und Weiler 2,3 Beschäftigte pro 1000 qm Betriebsfläche. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, dass in einer Umwandlung des Hafens areals – unabhängig vom Entwicklungskonzept – ein deutlich höheres Arbeitsplatzpotenzial steckt. Planco konstatiert übrigens nur ein geringes „Umstrukturierungspotenzial“, da „die Nutzung bereits größtenteils hafenaffin ist. Fakt ist jedoch, dass nur 11,8 ha im weitesten Sinne hafenaffin genutzt werden. Das sind 59,1% der Gesamtfläche. Auf 40,9% der Fläche sind beliebige Nutzungen, Mindernutzungen und Leerstand zu finden. Der Hafen ist ein Auslaufmodell. Signifikantes Wachstum ist nicht erkennbar. Trotz vorhandener guter Anbindung an Schiene und Autobahn fehlen ihm Expansionsmöglichkeiten für moderne Logistik- und Weiterverarbeitungsprozesse. Ein deutlich erhöhtes Güterverkehrsaufkom-

für alle Akteure Planungs- und somit auch Investitionssicherheit zu schaffen. Eine solche Entscheidung ist allerdings untrennbar damit verbunden, Richtung und Verfahrensrahmen für die Umwandlung festzulegen. Der überwiegende Trend in den Diskussionsforen zeigt in Richtung eines mischgenutzten Stadtquartiers mit Dienstleistungen, Wohnen, Kultur, nicht störendem Gewerbe und Freizeiteinrichtungen. Das ist auch aus grüner Sicht erfreulich. Die Bandbreite umfasst Büronutzungen wie auch Forschungs- und Bildungseinrichtungen und Handwerksbetriebe. Dies wäre kein steriles Büro- und Luxusghetto (Rheinauhafen II) sondern ist ein Plädoyer für ein urbanes, organisch wachsendes Stadtquartier, das an Deutz anschließt. Daher ist auch zu genau prüfen, ob nicht eine „Sowohl-als-auch-Variante“ nahezu ideal wäre. Das bedeutet, während sich das Areal sukzessive wandelt, ist Hafenlogistik weiter möglich. Denn Industrieverlagerungen sind langwierig und nicht billig. Die Grundstückssituation im Hafensareal ist vorteilhaft. 58% der Gesamtfläche ist im Eigentum der städtischen HGK AG, 39% bei vier Privateigentümern, die zum Teil an einer Umwandlung interessiert sind.

Übereinstimmung bestand darin, dass die Erfordernisse an Hochwasserschutz und



men wäre aufgrund der nahen Wohnbebauung problematisch.

#### Strukturwandel

Die Zeichen stehen somit auf Wandel. Weitgehend Einigkeit beim Symposium bestand daher auch darin, dass der Stadtrat zügig eine Grundsatzentscheidung trifft, um

Planungsrecht noch klärungsbedürftig sind, bevor der Rat eine Grundsatzentscheidung trifft. Die Umwandlung wäre ein längerer Prozess, in dem die ansässigen Firmen und Anlieger einzubeziehen sind. Ob er 15 Jahre braucht (O-Ton Planungsdezernent Streitberger), ist sicherlich umstritten, aber er muss endlich starten. *Jörg Frank*

## Handlungskonzept gegen Folgen der Kinderarmut

# Jedes vierte Kind lebt in Armut

Auf rot-grüne Initiative hat der Rat am 8.11.07 die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines „Handlungskonzept gegen die Folgen der Kinderarmut in Köln“, beauftragt. Mitte April 2009 hat nun die Verwaltung ein Konzept vorgelegt. Die Diskussion um Kinderarmut beschäftigt inzwischen die Öffentlichkeit bundesweit. Mit einem Kinderregelsatz in Hartz IV von damals 207 Euro für Kinder bis 14 (heute 211 Euro) und 276 Euro für Kinder ab 15 Jahren (heute 281 Euro) ist eine gute Versorgung völlig illusionär. Der Regelsatz sieht nur 2,55 Euro täglich für Ernährung und Getränke vor.

### Akutes Problem

Die GRÜNEN im Bundestag forderten 2008 – als Konsequenz aus dem Armutsbericht der Bundesregierung - die Zahlungen spürbar zu erhöhen. Der Satz soll aus einer genauen, zeitaktuellen Berechnung der Bedarfe für Kinder und Jugendliche ermittelt werden. Dies vertreten auch die meisten Verbände. Der akute Handlungsbedarf zeigt sich auch an international vergleichenden Statistiken. Während Deutschland zwar 2007 mit 10,9% nur halb soviel Kinderarmut wie die USA (21,7%) hatte, lag Deutschland dennoch weit vor Ländern wie Niederlande (9,0%), Frankreich (7,3%) und Dänemark (2,4%). Damals wie heute möchte die CDU der Kinderarmut mit Steuererleichterungen für Familien, die meist nur Besserverdienenden nutzen, begegnen. Im übrigen belässt sie es bei sozial diskriminierende Thesen. So griff Sandra Kossmann (CDU) die oft widerlegte Behauptung auf, „dass viele Eltern das Geld, das den Kindern zusteht, für Handys, Alkohol und Zigaretten ausgeben.“ (Express 16.3.09). Die CDU Köln schlägt deshalb Gutscheine

### 20% in Armut

Das Verwaltungskonzept führt zahlreiche Handlungsfelder auf: Betreuungsangebote in Kitas und Schulen, Sicherung der Grundsicherung für Kinder, Gefährdung von Kindern (Stichwort Jugendkriminalität), Präventionsprogramme für Eltern und Kinder, Wohnsituation und berufliche Integration der Eltern. Es enthält eine Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen. Einiges hat der Rat bereits auf den Weg gebracht, so z.B. eine Erhöhung der Versorgungsquote für Kinder unter 3 auf 0% bis 2013 oder die Garantie für Köln-Pass-Eltern für Kita-Mittagessen nur 1 Euro zu zahlen. Trotz allem besteht für Köln massiver Handlungsbedarf: Am 31.12. 2007 erhielten in Köln 31.510 Kinder unter 15 Jahren Sozialgeld. Das sind 24,1% der altersgleichen Bevölkerung. Jedes 4. Kind lebt in Köln in Armut!

### Nachbesserung

GRÜNE und SPD werden im Rat die Verwaltung beauftragen, die Berichterstattung jährlich fortzuschreiben und auf Basis des begrüßenswerten Konzepts konkrete Maßnahmen und Prioritäten abzuleiten und ihre Finanzierung angesichts der prekären Haushaltslage darzustellen. In einzelnen Bereichen soll noch nachgebessert werden, z.B. Maßnahmen der kulturellen Bildung als Baustein gegen die Folgen von Kinderarmut, Vorschläge zur frühkindlichen Bildung für Kinder bis 6 Jahre und das neue Feld der schlechten Gesundheitssituation der Kinder und Jugendlichen. Wenn bei Kindern z.B. die Häufigkeit von psychischen Störungen korreliert mit dem Sozialstatus (geringer Sozialstatus: 32%, mittlerer Status: 20.9%,



Foto: dpa

für HartzIV-Kinder vor. Eine Beleidigung für alle sozialbenachteiligten Eltern, die sich täglich aufopferungsvoll um eine bessere Existenz ihrer Kinder kümmern.

hoher Status:16,6%) dann ist das ein alarmierendes Signal: Für diese Handlungsfelder halten die GRÜNEN konkrete Aktionspläne für erforderlich. *Ossi Helling*

## Kita-Streik, was nun?

Die ErzieherInnen der städtischen Kindertagesstätten streiken für bessere Bezahlung und einem angemessenen Gesundheitsschutz. Bei Redaktionsschluss war der Tarifkonflikt noch nicht beendet. Viele Eltern, die täglich die Leistungen der ErzieherInnen zu schätzen wissen, zeigten Verständnis und Sympathie mit den Streikenden. Doch die Stimmung droht zu kippen. Denn der Streik bedeutet für zahlreiche Eltern und Kinder eine enorme Belastung. In Köln sind etwa 15.000 Kinder und ihre Eltern betroffen. Die Stadt bietet zwar Notgruppen an, aber viele Kinder haben Probleme mit der ungewohnten Umgebung. Somit sind die Eltern gezwungen zu Hause zu bleiben, Urlaub zu nehmen oder anderweitig Betreuung zu organisieren.



Die Stadt Köln spart an jedem Streiktag ca. 350 T€ Personalkosten. Bei 13 Streiktagen summieren sich dies auf ca. 4,5 Mio Euro. Nach Auffassung der GRÜNEN sollen sie für die Kindertagesstätten verwendet werden. Allerdings nicht ausschließlich. Daraus soll auch eine unbürokratische Kompensation für die erheblichen Belastungen der Eltern finanziert werden, indem ihnen ein Monatsbeitrag erlassen bzw. zurückerstattet wird. Sehr zu begrüßen ist, dass die Verwaltung die nicht in Anspruch genommenen Essensgelder an die Eltern zurückzahlt. Der CDU-Vorschlag, wonach nur Eltern die durch den Streik keinerlei städtische Kinderbetreuung erhielten, ist hingegen kleinlich und mit unnötigem bürokratischen Aufwand verbunden. Die nach Abzug der Beitrags-erstattung verbleibenden Mittel sollen den Kindertagesstätten zur Finanzierung von Leistungen und Angeboten zur Qualitätssteigerung zur Verfügung stehen. Jede Kita erhält ein Verfügungskonto. Der Betrag je Kita-Konto wird nach der Zahl der in der Regel betreuten Kinder berechnet. Über die konkrete Verwendung sollen die Kitas unter Beteiligung der Eltern selbst entscheiden können, denn sie wissen am besten was benötigt wird. Der Stadtrat wird am 30.6. darüber entscheiden. *kj*

## Bürgerschaftliche Netzwerke in Köln (X)

# TPZ - Erfolgsgeschichte mit Zukunft

„Rathaus Ratlos“ setzt seine Serie über bürgerschaftliche Netzwerke und Initiativen fort, die bürgerschaftliches Engagement in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen - von Umwelt, über Kultur, Kinder- und Jugend, Sport, lokale Ökonomie bis zur Stadtplanung umfassen. Bürgerinitiativen, Vereine und Selbsthilfeprojekte berichten über ihre Arbeit, ihre Entstehung, ihre Erfahrungen und ihre Zukunftspläne in „Rathaus Ratlos“. In dieser Ausgabe: Das Theaterpädagogische Zentrum e.V. Köln (TPZ).

### Anfänge und Angebote

1981 wurde das TPZ gegründet. Ihr ging eine mehrjährige erfolgreiche theaterpädagogische Arbeit im Jugendzentrum Köln Weiß voraus. Die Gründung war eine Folge der „Krise der Jugendarbeit“ Ende der 70er Jahre, in der neue Angebotsformen gesucht wurden, um Kindern und Jugendlichen eigene Ausdrucksmöglichkeiten zu schaffen. Heute würde man dies kulturelle Bildungsarbeit nennen. Im März 1981 kamen dann die Mitglieder dieser Theatergruppe, einige PädagogInnen und SchauspielerInnen zusammen und gründeten das TPZ - die erste Einrichtung mit dieser Bezeichnung in Deutschland. Der damals entwickelte Aufgabenkatalog umfasste:

- Professionalisierung des eigenen theaterpädagogischen Arbeitsansatzes
- umfangreiche Kinder- und Jugendtheaterprojekte und Kurse (auch Zirkus)
- Förderung des professionellen Kinder- und Jugendtheaterangebotes in der Jugendarbeit Köln
- ausführliche theaterpädagogische Fachberatung
- Großveranstaltungen und Theaterevents bzw. -festivals
- Aufbau eines Technikpools für Licht- und Tontechnik als Service für die Jugendarbeit in Köln

Das TPZ versteht sich als kulturpädagogische Facheinrichtung und als Servicezentrum für alle pädagogischen Einrichtungen in Köln.

### Theaterpädagogisches Zentrum e.V. Köln

Genterstr. 23  
50672 Köln  
Fon 02 21 . 52 17 18  
info@tpz-koeln.de  
www.tpz-koeln.de

### Kinder-Kultursommer

1981 startete das TPZ öffentlich mit einem bundesweit organisierten Kinder- und Jugendtheaterfestival „Fläsch -Light“ zum Thema der Sehn-Süchte. Es folgten bis 1994 sieben weitere internationale Theater- und Zirkusfestivals. Als neue Angebotsform wurde anschließend der zweiwöchige Kinder-Kultursommer als Akt kulturpädagogischer Infizierung entwickelt. 1996 noch mit ca. 60 Kinder eher klein gestartet, werden 2009 in der 13. Auflage bereits 750 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 15 Jahren erreicht. Kooperationspartner sind die Jugendkunstschule Köln und die Kölner Spielwerkstatt.

### Theaterpädagoge/in BuT ®

Zu Beginn der Ausbildungsarbeit 1981 stand die eigene Professionalisierung sowie eine eigenen Definition von Theaterpädagogik. Heute ist das TPZ Köln bundesweit der größte private Anbieter für den inzwischen zum anerkannten Berufsabschluss weiterentwickelten Bildungsgang „Theaterpädagogik“ mit 900 bzw. 1700 Ausbildungsstunden mit ca. 75 – 90 Studierenden. Absolventen der Vollausbildung (Abschluss: Theaterpädagoge/in BuT ®) sind oft als freiberufliche TheaterpädagogInnen unterwegs oder in dafür ausgewiesene Stellen beschäftigt. Zertifizierungen des Bundesverbandes Theaterpädagogik und der IHK Köln bürgen für die hohe Qualität. Ab 2010 sind Spezialisierungen für einzelne Fachgebiete vorgesehen – z.B. eine 140stündige Weiterbildung für MitarbeiterInnen in KiTa's und OGTS zum Thema „Kinder spielen Theater“ beginnen.

### Kinder+ Jugendtheater

Das TPZ hat sich an einer künstlerischen

Entwicklung des Kinder- und Jugendtheaters mit einem eigenem Ensemble beteiligt: vier Jugendtheaterproduktionen (1991 – 1995) in der Reihe „Das starke Stück“. 2001 folgte „Das schöne Wochenende“, eine Kindertheaterproduktion mit über 40 Aufführungen im Bundesgebiet. Diese Linie wurde dann 2008 wieder aufgenommen mit „Die 2. Prinzessin“ (G. Pigor, Regie: Angelika Pohlert,) das den Kölner Kinder- und Jugendtheaterpreis 2008 erhielt. Am 15.8.2009 wird die nächste Premiere „Zwei Erbsen zum Frühstück“ folgen.

### „Wibbelstetz“

1982 erblickte der Kinder- und Jugendzirkus „Wibbelstetz“ das Licht der Welt. Inzwischen ist daraus die bundesweit einmalige Einrichtung des ZAK Zirkus und Artistikzentrums geworden. Das TPZ führt Kurse und Projekte in Jugendeinrichtungen und in Schulen durch. Derzeit werden über 450 Kinder und Jugendliche wöchentlich betreut.

### Kulturelle Bildung

Theaterpädagogik ist inzwischen bundesweit als dritte Säule kulturpädagogischer Bildungsarbeit neben der Musik- und der Kunstpädagogik anerkannt. In diesem Dreiklang und ergänzt von weiteren Sparten wie Tanz, Zirkus, Medien oder Spielpädagogik hat sich die kulturelle Bildung als eine kulturelle Antwort auf wichtige Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit entwickelt. Dies betrachten TPZ Köln und die verschiedenen fachspezifischen Träger in Köln als wichtige Zukunftsaufgabe, die von der Politik verstärkt gefördert werden muss. Im Vordergrund muss dabei vor allem die verbesserte Teilhabe von Menschen aus sozial benachteiligten Schichten stehen. Die Angebote müssen noch näher zu den Kindern, die Schwellen abgebaut werden. Auf Grund der aktuellen Förderpolitik, die einen erheblichen Anteil an Eigenmitteln über Teilnehmergebühren voraussetzt, sind diese Kinder und Jugendliche von einer Teilhabe an kultureller Bildung leider faktisch ausgeschlossen.



## Stadtquartier Clouth

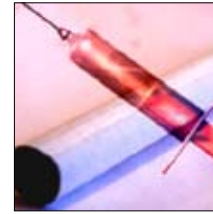


Die Bezirksvertretung Nippes und der Stadtentwicklungsausschuss haben die Weichen dafür gestellt, dass eine städtebaulich, sozial, wirtschaftlich und

ökologisch vernünftige Bebauung auf dem Gelände der ehemaligen Clouth-Rheinische Gummiwarenfabrik stattfinden kann. Am 30.6. wird der Rat den Satzungsbeschluss des B-Plans billigen. Der Grundstückskauf durch die Stadt, die Auswahl des zweiten Preisträgers, der schrittweise Bebauung ohne großflächigen Abriss vorschlägt, die Gründung einer stadt-eigenen Entwicklungsgesellschaft und die Parzellierung des riesigen Geländes sind Maßnahmen, die eine behutsame

und den denkmalwerten Bestand sichernde Bebauung des Geländes ermöglichen. Die Planung sieht eine Mischung von verschiedenartigen Wohnformen, nicht störendem Gewerbe, öffentlichen Einrichtungen und die Bewahrung vorhandener Strukturen wie die Ateliernutzungen vor. So wird verhindert, dass ein Großinvestor, wie z. B. auf dem Nippeser EAW-Gelände, die Umsetzung nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt. Der Geschäftsplan für die Entwicklungsgesellschaft ist weitgehend fertig gestellt, mit der Rheinenergie AG laufen Gespräche über eine Anbindung an das Fernwärmenetz, für die Künstler ist die denkmalgeschützte Halle südlich vom Verwaltungsgebäude vorgesehen. Für die zu erwartende Zahl von Kindern sind eine Tagesstätte auf dem Gelände und Aufstockungen im Schulbereich geplant. Die GRÜNEN werden sorgfältig darauf achten, dass die Planung für das neue Stadtquartier in sozialer, baulicher und ökologischer Hinsicht anspruchsvoll umgesetzt wird. *ht*

## Humane Drogenhilfe



Der Bundestag hat am 28.05.09 entschieden, dass Diamorphin (synthetisches Heroin) als verschreibungspflichtiges Medikament anerkannt werden kann.

Fast zwei Jahrzehnte hatte sich vor allem die CDU-Bundestagsfraktion dagegen gestemmt. Vor über 10 Jahren hatten die Stadt Köln und andere Großstädte darauf gedrungen, zumindest einem Modellversuch starten zu dürfen. Das Modell war damals bereits Bestandteil des grünen Wahlprogramms. 2001 hat sich der Kölner Rat für die Teilnahme am „Modellprogramm zur heroingestützten Behandlung Schwerstdrogenabhängige“ entschieden. Nach mehrfacher Verlängerung endete es am 30.06.07. Mit maßgeblicher grüner Unterstützung hat die Stadt Köln danach per Ausnahmegenehmigung die weitere Heroinsubstitution gewährleistet. Fast 0,5 Mio Euro wurden für diese Behandlung von Schwerstabhängigen aufgewandt. Bis zu 50 Drogenabhängige finden im Kölner Modell Platz – mit Erfolg: besserer Gesundheitszustand, teils Reintegration in Arbeit, Umstieg in Methadon-Substitution und sogar Ausstiege wurden erreicht. Infolge des jüngsten Bundestagsbeschluss sind nun einige Hürden zu überwinden, so z.B. die Finanzierungsregelung durch die Krankenkassen, die Genehmigung der Länder für die substituierenden Einrichtungen und die Anpassung der Richtlinie der Bundesärztekammer. Die GRÜNEN werden sich für eine zügige Klärung einsetzen, damit so früh wie möglich die kostengünstigere Verlängerung der Vergabe ab Januar 2010 erfolgen kann. Zusammen mit dem zweiten „Konsumraum“ eines Drogenhilfeträgers, der 2010 seine Arbeit aufnimmt, werden so zwei Meilensteine für eine humane und effektive Drogenhilfepolitik gesichert. *oh*



## Hier Geht Keiner rein!

Am 29. Mai veranstaltet die Häfen- und Güterverkehr AG (HGK) ihren Hochsicherheits-Spatenstich-Feier für den Godorfer Hafenausbau. Ein bunter Demonstrationszug von mehreren hundert friedlichen Demonstranten bewegte sich bei strahlendem Sonnenschein über die Straße am Mühlenhof in das Naturschutzgebiet Sürther Aue in Richtung Hafen. Dort, weiträumig abgesperrt von Polizei und privaten Sicherheitsdienst, trifft sich nach strenger Eingangskontrolle eine exquisit ausgewählte Gesellschaft von Hafenbetreibern, Politikern und IHK-Funktionären - an der Spitze Ehrengast Lutz Lienenkämper, frisch gekürter NRW-Minister für Bauen und Verkehr, OB Fritz Schramma (CDU), HGK- Aufsichtsratschef Johannes Waschek (SPD) und HGK-Vorstand Rolf Bender (CDU). Nur vereinzelt fahren Schiffe den Hafen an. Trotzdem beschwören die Festredner gebetsmühlenartig wie unverzichtbar der Hafenausbau für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Region sei. Obwohl dieses Projekt seit Jahren höchst umstritten ist, obwohl über 35.000 Kölnerinnen und Kölner beim Bürgerbegehren mit ihrer Unterschrift gegen den Hafenausbau votiert haben, weigerte sich die HGK eine Abordnung von Vertretern der Bürgerinitiative zusammen mit der GRÜNE-Fraktionsvorsitzenden Barbara Moritz einzulassen, um eine Petition an der Minister zu übergeben. Einige Wochen zuvor pflanzte die HGK als demonstrativen PR-Gag einige. Sie beauftragte die Kommunikationsagentur IFOK, einen Dialog mit der kritischen Öffentlichkeit zu organisieren. Glaubt der HGK-Vorstand die Bürgerinnen und Bürger einlullen zu können, nachdem die HGK vollendete Tatsachen schafft? Haben Sie Angst sich der Kritik und dem Protest zu stellen und sich mit den Argumenten auseinander zu setzen? Arme HGK, ein beschämender politischer Stil!

## Kurz + bündig



Köln Pass: Am 30.6. beschließt der Rat, den Berechtigtenkreis auszuweiten - nämlich auf 130% der Bedarfssätze von Transferleistungsempfängern. Davon

werden weitere 10.000 Menschen profitieren können, wenn sie den KölnPass beantragen. GRÜNE und SPD wollen so erreichen, dass nicht nur Transferempfänger (SGB II und SGB XII) sondern auch geringverdienende Berufstätige begünstigt werden. Der KölnPass

schaftt Chancengleichheit für fast 200.000 KölnerInnen. So bietet er z.B. Zugang zum kulturellen. Neu ist nun, dass KölnPass-Inhaber bei Einschulungen auf Antrag bis zu 160 Euro Einschulungshilfe, z.B. zum Kauf der Schultasche, erhalten können.

**Gulliver:** Die Bahn AG hat dem Überlebensprojekt für Obdachlose am Kölner Hauptbahnhof gekündigt. Angeblich sei der Brandschutz nicht ausreichend. Die kurzfristige Kündigung verband die Bahn AG mit dem Signal, dass Verhandlungen über die Rücknahme sinnlos seien. Seit Januar 2001 nutzen täglich bis zu 200 Menschen Hygiene- und Verpflegungsangebote sowie Beratung. Gulliver gilt als überregionales Vorzeigeprojekt, das durch vielfältiges bürgerschaftliches Engagement unterstützt wird. Auf Initiative von GRÜNE und SPD hat der Sozialausschuss nun die Verwaltung beauftragt, mit der Bahn AG energisch zu verhandeln, um die Kündigung rückgängig zu machen. Gulliver muss bleiben, weil die Station genau dort gebraucht wird. red

## Schilda am Rheinufer



Die Debatte um die richtige Lösung für die Stadtbahn-Querung der Rheinuferstraße nimmt in diesen Wahlkampfzeiten hysterische Züge an.

Das Kölner Bürgerbündnis in einsamer Gestalt von Herrn Müser hat zum x-ten Mal prüfen lassen, ob nicht vielleicht doch der Bau eines Troges auf wundersame Weise die Lindentallee verschonen würde. Doch auch diesmal lautete die Antwort der Verwaltung Nein, es müssten

etwa 110 Bäume gefällt werden und könnten auch nicht mehr nachgepflanzt werden - aus der Traum.

Kaum weniger ambitioniert ist jetzt der erneute CDU-Ratsantrag für den Bau eines



Tunnels. Auch dieser Antrag soll alle Probleme mit der Querung auf einen Schlag lösen. Der Tunnel soll diesmal nicht wie schon früher vorgeschlagen in kostensparender Einfachausführung kommen, sondern in der Deluxe-Variante als Landschaftsbrücke mit wiederaufgeforsteten Bäumen, ganz kurzen Rampen und Feinstaubfiltern gegen Autoabgase. Was die CDU dabei offensichtlich nicht bedacht hat ist, dass „eine Bepflanzung auch mit großen Bäumen“ (O-Ton Antrag) einen entsprechend großen Wurzelraum braucht. D.h., der Tunnel muss dann etliche Meter tiefer sein als eigentlich nötig. Dies bedeutet aber auch, dass die Rampen entweder steiler werden müssen - was rechtlich nicht geht - oder länger. Ein Widerspruch zum erklärten Willen, „die Rampen ... so kurz wie möglich zu gestalten“. Über die Kosten spricht man dabei besser nicht, auch die CDU tut's nicht. Sie möchte, dass die Verwaltung eine „entsprechende Kostenanalyse“ erarbeitet, aber bitte schön erst nach der Kommunalwahl. Sonst könnte sich der eine oder andere Bürger vor der Höhe erschrecken und die Politik zu recht für bekloppt erklären. Falls der Antrag im Rat eine Mehrheit fände - zum Glück



Das Trog-Modell, in dem die Rheinuferstraße verläuft, zeigt wie die Südstadt vom Rhein brutal abgeschnitten würde. Es erinnert fatal an Planungen für eine „autogerechte Stadt“ aus den 60er Jahren. Köln leidet seit den 60ern unter der Nord-Süd-Fahrt.

für die CDU und Stadt Köln sieht es im Moment nicht danach aus - würden dann auf jeden Fall die Bundes- und Landesministerien bei der Forderung von Fördermitteln die Notbremse ziehen. Denn der U-Bahnbau in Köln war auch schon ohne das Unglück am Waidmarkt teuer genug. Für Luxustunnel zur Verhinderung eines möglicherweise auftretenden Staus auf der Rheinuferstraße wird sicherlich niemand mehr Geld locker machen. bt

### Gastkommentar

## Vor dem Scheitern

Der gesetzlichen Altfallregelung droht nun tatsächlich das von Kirchen und Flüchtlingsorganisationen vorhergesagte Desaster: nur eine kleine Minderheit der geduldeten Flüchtlinge wird über diese Regelung ein Bleiberecht erhalten. Bundesweit konnten zwar bislang über 33.000 ehemals „geduldet“ Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Ein sicheres Bleiberecht haben aber nur ca. 20% von ihnen. Die große Mehrheit muss dagegen befürchten, zum 01.01.2010 wieder in den Duldungsstatus zurückzufallen und damit ausreisepflichtig zu werden. In Köln zeigt sich ein ähnliches Bild: während bislang nur 200 Flüchtlinge alle Voraussetzungen erfüllen und bleiben dürfen, müssen nach jetzigem Stand 720 Personen mit Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ ihre Abschiebung befürchten. Die Gründe für das drohende Scheitern der Regelung sind vielfältig. Die Stichtagsregelung, zahlreiche Ausschlussgründe und kaum Berücksichtigung einzelntfallbezogener und humanitärer Belange gehören hierzu. Eine der größten Hürden liegt am Erfordernis der vollständigen Lebensunterhaltssicherung aus eigener Erwerbstätigkeit und an der Höhe des Arbeitseinkommens. Besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise ist das gerade für Flüchtlinge, denen der Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Qualifikation oft jahrelang blockiert war, kaum zu schaffen. Hier zeigt sich, dass die Altfallregelung kein humanitärer Akt ist, sondern einzig auf kühlen Nützlichkeitsabwägungen beruht. Dass der Kölner Stadtrat jetzt Nachbesserungen und auch eine wirkungsvollere Nachfolgeregelung fordert, ist die Quittung für das politische Versagen sowohl des Gesetzgebers als auch der Innenminister des Bundes und der Länder. Versprochen wurde die Abschaffung der Kettenduldung bereits 2005 mit dem Zuwanderungsgesetz. Wenn das Gesetz vernünftig umgesetzt und ausgelegt worden wäre, hätten es auch die Kommunen mit der aufenthaltsrechtlichen Integration von Flüchtlingen leichter.

### Claus-Ulrich Prölb

Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrates; [www.koelner-fluechtlingsrat.de](http://www.koelner-fluechtlingsrat.de)

**Termine:**

**Sonntag, 5. Juli, ab 12 Uhr**  
CSD-Parade  
Deutz und Altstadt

**Sonntag, 30. August, 8 – 18 Uhr**  
Kommunalwahl

**Donnerstag, 10. September,**  
**15.30 Uhr**  
Ratssitzung  
Rathaus, spanischer BauRathaus,  
spanischer Bau

**Ratsreporter Ignatz Igel****Mann für alle Fälle**

Der smarte Herr Kurth treibt's ganz forsch. Gegen alle Regeln ließ er seine Plakate als Oberbürgermeister-Bewerber der CDU unmittelbar nach der Europawahl im Straßenraum aufstellen. Selten dreist, dieser Kandidat, der nun die so auf Ordnung getrimmte KölnCDU nach dem Motto „legal, illegal, scheißegal“ wahlkämpfen lassen will. Das verheißt nichts Gutes angesichts der prall gefüllten Wahlkampfkasse Kurths. Auch sonst ist er gar nicht so kultiviert, wie es scheint. Der „BILD“ vertraute er an, dass er vom Baustopp für Hochhäuser in Deutz aus Rücksicht auf das Weltkulturerbe Kölner Dom nicht viel halte. Dem Haus für jüdische Kultur vor dem Rathaus begegnet er mit Skepsis. Angeblich passe da nur eine „luftige Bebauung“ hin. Luftig hält er's auch mit der Daseinsvorsorge, die von den städtischen Unternehmen wie Stadtwerke und GAG AG garantiert wird. Er kann sich eine Veräußerung der GAG „derzeit nicht vorstellen“. Dann wohl später. Sein erster Aufschlag galt dem Kampf gegen den Klüngel – nicht etwa dem kölschen Netzwerk aus Beratern, Wirtschaftsprüfern, Anwälten, umtriebigen Bauunternehmern mit Anhang oder gar Esch/Oppenheim. Weit gefehlt. Die Ratspolitiker in den Aufsichtsräten städtischer Unternehmen waren gemeint. Sie sollen durch „unabhängige Fachleute“ ersetzt werden - aus Banken und Beratungsfirmen. Schreibtischtäter, die bereits die Weltwirtschaft fast versenkt haben und sich dann die Stadt endgültig zur Beute machen. Irgendwie passt so ein gewiefter Müll-Manager zu Klüngel, Filz und CDU.

**Fraktionsgeschäftsstelle**

**Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat**  
Haus Neuerburg, GÜlichplatz 3,  
50667 Köln  
**Tel.:** 0221 / 22125919 oder 22124158  
**E-Mail:** gruene-fraktion@stadt-koeln.de



**Öffnungszeiten:** mo bis fr 9 – 12 Uhr; mo, di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 19 Uhr  
**Fraktionsvorstand:** Barbara Moritz (Vorsitzende), Jörg Frank (1. stv. Vorsitzender u. Geschäftsführer), Peter Sörries (2. stv. Vorsitzender), Angela Spizig (Bürgermeisterin)  
**Fraktionssitzung** (Mittwochskreis):  
In der Regel mittwochs um 19 Uhr im Haus Neuerburg

**Parteigeschäftsstelle**

**Bündnis 90 / Die Grünen - Kreisverband Köln**  
Ebertplatz 23, 50668 Köln  
**Tel.:** 9727888, Fax: 9727889  
**Mail:** buero@gruenekoeln.de  
**Kreisvorsitzende:** Katharina Dröge, Stefan Peil  
**Kreisgeschäftsführerin:** Dr. Diana Siebert

**Bürgermeisterin**

**Angela Spizig**  
**Tel.:** 0221 / 22126063  
**Fax:** 0221 / 22126064  
**Mail:** angela.spizig@stadt-koeln.de  
**Referent:** Christoph Goormann  
**Mail:** christoph.goormann@stadt-koeln.de

**Arbeitskreise**

Die folgenden Arbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Haus Neuerburg, GÜlichplatz 3. **Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per Mail (gruene-fraktion@stadt-koeln.de).**

**Bauen, Wohnen & Vergabe** (verantwortlich: Gerd Brust); **Stadtentwicklung** (Barbara Moritz); **Verkehr** (Bettina Tull); **Umwelt** (Dr. Sabine Müller); **Wirtschaft & Liegenschaften** (Jörg Frank, Peter Sörries); **Verwaltung** (Andreas Wolter); **Finanzen & Haushalt** (Jörg Frank); **Rechnungsprüfung** (Peter Sörries); **Soziales** (Ossi Helling); **Schule & Bildung** (Sabine Ulke); **Jugendhilfe** (Gaby Schlitt); **Gesundheit** (Arif Ünal); **Kultur** (Angela Spizig); **Sport** (Elisabeth Thelen); **Frauenpolitik** (Brigitta von Bülow); **Migration** (Arif Ünal); **Lesbenpolitik** (Regina Kobold); **Schwulenpolitik** (Andreas Wolter) **Stellenplan&Personal** (Brigitta von Bülow),

**Impressum**

Herausgeberin/Verlegerin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, GÜlichplatz 3, 50667 Köln

**Tel.:** (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555  
**Mail:** gruene-fraktion@stadt-koeln.de

**Redaktion:** Jörg Frank (ViSdP), Barbara Moritz  
**AutorInnen dieser Ausgabe:** Jörg Frank (jf), Ignatz Igel (ii), Kirsten Jahn (kj), Ossi Helling (oh), Barbara Moritz (bm), Sabine Müller (sm), Angela Spizig (gs), Horst Thelen (ht), Bettina Tull (bt)

**Satz/Realisation:** Einblick Verlag Köln, Tel. 0221 / 510 65 50,

**Bezug:** kostenlos

**Erscheinungsweise:** 10 mal jährlich

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 22.06.2009

Die nächste Ausgabe erscheint am 10.09.2009

**Rathaus Ratlos im Internet**

**www.gruenekoeln.de**

**Technische Realisation:** Regina Kobold

**E-mail:** regina.kobold@stadt-koeln.de

**Rathaus Ratlos kostenlos im Abonnement!**

Möchten Sie Rathaus Ratlos regelmässig zugeschickt bekommen?  
Dann schicken Sie den ausgefüllten Coupon an:

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, GÜlichplatz 3, 50667 Köln**

oder im Internet bestellen: **www.gruenekoeln.de**

Name:

Strasse:

PLZ/Ort: